

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
1. Einleitung	21
1.1 Themenstellung und leitende Forschungsfragen	21
1.2 Stand der Forschung und Relevanz des Themas	23
1.3 Theoretischer Zugang, Fallauswahl und methodisches Vorgehen	26
1.4 Zum Aufbau der Arbeit	33
2. Theoretischer Rahmen	36
2.1 Politik und Recht in systemtheoretischer Perspektive	36
2.1.1. Politik, Recht und Verfassung in funktional differenzierten modernen Gesellschaften	36
2.1.2. Politik, Recht und Verfassung in autokratischen modernen Gesellschaften und Transformationsgesellschaften	40
2.1.3. Staatsorgane zwischen Politik und Recht	44
2.1.4. Verfassungskonflikte zwischen Politik und Recht	47
2.2 Verfassungspolitik: Zur Analyse von Verfassungsgebungen, Verfassungsänderungen und Verfassungskonflikten	49
2.2.1. Verfassungsgebungen	52
2.2.2. Verfassungsänderungen	62
2.2.3. Verfassungskonflikte	67
3. Fallstudie I: Bulgarien	70
3.1 Die Verfassungsgebung (1990/91)	70
3.1.1. Vom Sturz Živkovs bis zu den Parlamentswahlen	71
3.1.1.1. Reformsozialismus oder Demokratie?	72
3.1.1.2. Die »Regierung des Runden Tisches«	78
3.1.1.3. Die Wahlen zur Großen Volksversammlung	84
3.1.2. Von der Konstituierung des Parlaments bis zur Verabschiedung der Verfassung	89
3.1.2.1. Starke Polarisierung I (10. Juli–20. September 1990)	91
3.1.2.2. Starke Polarisierung II (21. September–29. November 1990)	92
	9

3.1.2.3.	Kooperation (30. November 1990–13. Mai 1991)	94
3.1.2.4.	Starke Polarisierung vs. Kooperation (14. Mai–12. Juli 1991)	104
3.1.3.	Vorbilder, auswärtige Einflüsse und zusammenfassende Bewertung der Verfassungsgebung	113
3.2	Strukturprobleme der Verfassungsordnung im Verhältnis von Politik und Recht	118
3.2.1.	Grundzüge des bulgarischen Regierungssystems: Parlament – Regierung – Staatspräsident	119
3.2.2.	Die Judikative	121
3.2.3.	Die Immunitätsrechte des Staatspräsidenten und der Parlamentsmitglieder	125
3.2.4.	Das Verfassungsgericht	125
3.2.5.	Verfassungsänderung	131
3.3	Justizreform als Personalpolitik: Die ersten Verfassungskonflikte um den Obersten Justizrat (1991–1994)	133
3.3.1.	Die Einrichtung des Obersten Justizrates und des Verfassungsgerichts	133
3.3.2.	Der Regierungswechsel 1991 und die Regierungstätigkeit 1991/92 im Überblick	135
3.3.3.	Der erste Verfassungskonflikt um den Obersten Justizrat	141
3.3.4.	Der Regierungswechsel 1992 und die Regierungstätigkeit 1992–1994 im Überblick	145
3.3.5.	Der zweite Verfassungskonflikt um den Obersten Justizrat	148
3.4	Zurück zur Autokratie? Der dritte Verfassungskonflikt um den Obersten Justizrat und der Konflikt um die Wahl »virtueller« Gerichtspräsidenten (1995/96)	156
3.4.1.	Regierungswechsel und Regierungstätigkeit im Überblick	156
3.4.2.	Der dritte Verfassungskonflikt um den Obersten Justizrat und die ressourcive Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts	164
3.4.3.	»Kaderschlacht« I: Der Verfassungskonflikt um die Wahl »virtueller« Gerichtspräsidenten	168
3.5	Entpolitisierung durch Politisierung? Der vierte Verfassungskonflikt um den Obersten Justizrat und der Konflikt um die Neuwahl des Generalstaatsanwalts sowie den Leiter der Untersuchungsbehörden (1998/99)	173
3.5.1.	Regierungswechsel und Regierungstätigkeit im Überblick	173
3.5.2.	Der vierte Verfassungskonflikt um den Obersten Justizrat und die Justizreform	178
3.5.3.	»Kaderschlacht« II: Der Verfassungskonflikt um die Neuwahl des Generalstaatsanwalts 1998/99 und die Entfernung des Leiters der Untersuchungsbehörden aus dem Obersten Justizrat	185

3.6	»Big bang!« Die Verfassungskonflikte über die Möglichkeiten einer Justizreform und die Wahl des Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichts (2002–2004)	189
3.6.1.	Regierungswechsel und Regierungstätigkeit im Überblick	189
3.6.2.	»Big bang!« Der Verfassungskonflikt über die Möglichkeiten einer Justizreform	195
3.6.2.1.	Das Verfassungsgerichtsurteil zur Verwaltung des Eigentums der Judikative	200
3.6.2.2.	Die Torpedierung der Reform des Gesetzes über die rechtsprechende Gewalt	202
3.6.2.3.	Wer darf was? Die Entscheidung über die Kompetenzen für Verfassungsänderungen	204
3.6.2.4.	Die Beschneidung des parlamentarischen Haushaltsrechts durch das Verfassungsgericht	210
3.6.3.	»Kaderschlacht« III: Ein dreiviertel Jahr Streit um die Neuwahl des OVG-Vorsitzenden	214
3.7	Die Reformen der bulgarischen Verfassung von 2003 bis 2005	218
3.7.1.	Die erste Verfassungsänderung 2003: Die Justizreform	221
3.7.2.	Die zweite Verfassungsänderung 2005: Die Vorbereitung des EU-Beitritts	223
3.8	Verfassungspolitik als »perpetuum mobile«? Verfassungsänderungen und Verfassungskonflikte um die Justizreform vor und nach dem EU-Beitritt (2005–2009)	228
3.8.1.	Regierungswechsel und Regierungstätigkeit im Überblick	228
3.8.2.	Auf schmalen Grat: Die dritte Verfassungsänderung 2006	232
3.8.3.	Der Konflikt um die Verfassungsänderung von 2006 und die »Reform der Reform« 2007	244
3.8.4.	»Nullo actore, nullus iudex«: Weitere Verfassungskonflikte um die Unabhängigkeit der Judikative bleiben aus	250
3.8.4.1.	Die Lösung des Problems der Verwaltung des judikativen Eigentums	250
3.8.4.2.	Die Reform des Obersten Justizrates und die Einrichtung des Inspektorats beim OJR	253
3.8.5.	Der Verfassungskonflikt um die Eingliederung der Untersuchungsbehörden in die Staatsanwaltschaft	258
3.9	Zusammenfassung	261
4.	Fallstudie II: Rumänien	265
4.1	Die Verfassungsgebung (1990/91)	265
4.1.1.	Vom Sturz Ceaușescus bis zu den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen	267

4.1.1.1.	Demokratische Revolution oder postkommunistischer Staatsstreich?	267
4.1.1.2.	Der »Provisorische Rat der Nationalen Einheit« und das neue Wahlgesetz	274
4.1.1.3.	Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen	278
4.1.2.	Von der Konstituierung des Parlaments bis zur Verabschiedung der Verfassung	282
4.1.2.1.	Die Entstehung der »Verfassungsthesen« (11. Juli–14. Dezember 1990)	285
4.1.2.2.	Die Frühjahrsdebatten bis zum Verfassungsentwurf (13. Februar–31. August 1991)	289
4.1.2.3.	Die Herbstdebatten und der Verfassungsbeschluss (10. September–8. Dezember 1991)	293
4.1.3.	Vorbilder, auswärtige Einflüsse und zusammenfassende Bewertung der Verfassungsgebung	300
4.2	Strukturprobleme der Verfassungsordnung im Verhältnis von Politik und Recht	305
4.2.1.	Grundzüge des rumänischen Regierungssystems: Parlament – Regierung – Staatspräsident	305
4.2.2.	Die Judikative	309
4.2.3.	Die Immunitätsrechte des Staatspräsidenten und der Parlaments- und Regierungsmitglieder	314
4.2.4.	Der Verfassungsgerichtshof	315
4.2.5.	Verfassungsänderung	320
4.3	Rumänien von 1991 bis 1996	320
4.4	Entpolitisierung durch Politisierung? Der Verfassungskonflikt um die Justizreform und die Entfernung des Generalstaatsanwalts 1997	329
4.4.1.	Regierungswechsel und Regierungstätigkeit im Überblick	329
4.4.2.	Der Verfassungskonflikt um die Justizreform und die Entfernung des Generalstaatsanwalts	334
4.5	Die Repolitisierung der Judikative (2001–2003)	344
4.5.1.	Regierungswechsel und Regierungstätigkeit im Überblick	344
4.5.2.	Die Repolitisierung der Judikative und das Ausbleiben allfälliger Verfassungskonflikte	349
4.6	Die Autonomisierung des Rechts: Verfassungs- und Justizreform im Schatten des EU-Beitrittsprozesses (2000–2004)	359
4.6.1.	Die Reform der rumänischen Verfassung (2000–2003)	359
4.6.1.1.	Die Positionen der Parteien vor dem Änderungsverfahren (Dezember 2000–Juni 2002)	361
4.6.1.2.	Die Arbeit der Verfassungskommission und des Verfassungsforums (Juni 2002–Mai 2003)	365
4.6.1.3.	Die Plenardebatten bis zum Beschluss der Verfassungsreform (Juni–September 2003)	372

4.6.1.4.	Das Verfassungsreferendum vom 18./19. Oktober 2003 – Quorum erfüllt?	375
4.6.2.	Justizreform unter Druck: Entpolitisierung im Rahmen des EU-Beitritts (2003/04)	377
4.7	»Big bang?« Der Verfassungskonflikt um die Reform der Justizreform 2005	384
4.7.1.	Regierungswechsel und Regierungstätigkeit im Überblick	384
4.7.2.	»Big bang?« Der Verfassungskonflikt um die Reform der Justizreform	390
4.8	Der Verfassungskonflikt um die Strafverfolgung von Regierungskorruption (2006–2009)	407
4.8.1.	Die Regierungswechsel 2007 und 2008 und die Regierungstätigkeiten im Überblick	407
4.8.2.	Der Verfassungskonflikt um die strafrechtliche Verfolgung von Regierungskorruption	414
4.9	Zusammenfassung	429
5.	Verfassungskonflikte zwischen Politik und Recht – wann und wo?	433
5.1	Politische Entscheidungen in rechtlichen Institutionen I: Die Verwaltung der Gerichte	434
5.2	Politische Entscheidungen in rechtlichen Institutionen II: Die Staatsanwaltschaft	441
5.3	Rechtliche Entscheidungen in politischen Institutionen: Persönliche Immunitätsrechte vor Strafverfolgung von Mitgliedern der Legislative und Exekutive	445
5.4	Entscheidungen an der Schnittstelle von Politik und Recht: Die Verfassungsgerichtsbarkeit	446
5.5	Konfliktverhindernde Konstellationen: Wann bleiben Verfassungskonflikte aus?	453
6.	Schluss: Verfassungskonflikte und ihre Folgen	456
6.1	Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Bulgarien und Rumänien – heute	457
6.2	Verfassungskonflikte als »Motoren der Konsolidierung«	470

7. Anhang	473
7.1 Richter am bulgarischen Verfassungsgericht (1991–2009)	473
7.2 Richter am rumänischen Verfassungsgerichtshof (1992–2010)	474
Quellen- und Literaturverzeichnis	475